

Haushalt und Finanzen 2024



Haushaltsrede der fraktionslosen Kreistagsabgeordneten Sonja Crämer-Gembalczyk, DIE LINKE, anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2024 am 05.12.2023

(Redemanuskript – es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Schulze-Pellengahr,
Herr Kreisdirektor Dr. Tepe,
sehr geehrte Mitarbeitende der Verwaltung,
liebe Anwesende, liebe Mitmenschen – Guten Abend

Geburtenlotto – Uns, die wir hier sitzen, **muss** klar sein: Wir haben gewonnen!
Aus diesem „vorderem Platz“ erwächst eine enorme Verantwortung!

Mir fällt es da schwer, mich mit dem Kreishaushalt 2024 zu befassen.
Mit dem Blick in die Welt, könnte man verzweifeln und vielen unserer Mitmenschen ergeht es zur Zeit genau so – sie leiden an der Menschheit und am Zustand unserer Erde.

Der verachtenswerte, inhumane Angriffskrieg Putins und Konsorten auf die Ukraine dauert an und schwemmt Leid, Elend, Not und Tod über das Land. Unerträglich!

Am 7. Oktober 2023 starben soviel jüdische Menschen, wie seit der Shoah nicht mehr. Das bricht mir das Herz. Mit Entsetzen haben wir den terroristischen Angriff der Hamas auf Israel verfolgt. Die damit verbundene Eskalation des Nahostkonflikts mit vielen Toten und Verletzten und Entführten schockiert mich und meine Genossen und Genossinnen zu tiefst. Wir sagen allen jüdischen Menschen in unserem Kreis, in Deutschland und darüber hinaus unserer uneingeschränkte Solidarität und jede Unterstützung in diesen schweren Zeiten zu. Genauso gehört unsere Solidarität auch allen unschuldigen Menschen in Palästina. So wie jegliche gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nur als inhuman zu bezeichnen ist.

Wir befinden uns in einer multiplen Krise, 100 bis 150 Kriege und gewalttätige Auseinandersetzungen (je nach dem bei welchem Institut man nachfragt) wüten gerade global. Die ständig sich verstärkende Klimakrise, die Inflation, zunehmende relative Armut in Deutschland und die absolute in der Welt, eine ständig sich vergrößernde soziale Spaltung, die sog. Flüchtlingskrise, das weltweite Umgehen mit den Migrantinnen und Migranten und das Erstarken rechtspopulistischer Parteien und Gedankengut. Das hat zu deutlichen Entleerung liberal-repräsentativer Demokratien sowie zu antidemokratischen und autoritären Entwicklungen weltweit geführt.

Der Druck der Vielfachkrise und gleichzeitiger Gerechtigkeitskrise führt leider nicht zu einer solidarischen Lösung - Im Gegenteil, sie spaltet, verbreitet Hass und separieren und entfremden uns von einer Erschließung gemeinschaftlich-solidarischer Dimension. Eine systembedingte Kälte hat sich mehr und mehr in den zwischenmenschlichen Beziehungen eingenistet.

Sich deshalb entschieden dagegen zu wenden, kann nur direkt und in den allweltlichen Lebensrealitäten unserer Mitmenschen im Kreis geschehen. Die Menschen vertrauen den Politiker:innen nicht mehr und haben das Gefühl das ihre Stimme und Nöte nicht gehört und ernst genommen werden. Wir brauchen ein vielfaches Mehr an ernsthafter Partizipation auf vielen Ebenen und vor allem eine soziale Demokratie als Lebensform zu entwickeln und Demokratie in all ihren Facetten zu stärken und auszubauen, dazu ist dringend ein Mehr an soziopolitischer Bildung in und auch außerhalb der Schulen vonnöten. Wie schon der emeritierte Soziologe Oskar Negt es formuliert hat, ist (Zitat) „Demokratie die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – immer wieder, täglich und bis ins hohe Alter“ (Oskar Negt: Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, 2010, S. 174). Nur mit einer umfassenden soziopolitischen Bildung und demokratischer Erziehung, die Dissens als demokratische Lebensform fördert, können Möglichkeiten entstehen, dass die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft gestärkt und ein gelingendes Miteinander vermehrt wieder möglich ist.

Kürzungen in den Bereichen der politischen Bildung und politischer Teilhabe bewirken das Gegenteil und lassen die Möglichkeiten schwinden, dass die in den multiplen Krisen aufscheinende zugrundeliegende Macht- und Herrschafts- und Ungleichverhältnisse erkannt, analysiert und konstruktiv bearbeitet werden können. Diesbezügliche Fördertöpfe werden jetzt zwar durch den Bund gekürt werden, aber nicht vollends gestrichen. Sie zu beantragen, würde einiges ermöglichen in diesem Bereich.

Auch aktives politisches Handeln und entsprechende Reflexionsmöglichkeiten können dazu beitragen, politische Unzufriedenheit, Defätismus und Tendenzen zu überwinden, die davon ausgehen, dass durch Individualisierung die genannten Probleme bewältigt werden können. Dazu müssen nur Gelegenheiten geboten werden, und zwar jenseits von Wahlen.

Als Beispiele:

- ein emanzipatorischer Bürgerhaushalt,
- ein Bürger:innen Kreistag,
- die wichtigsten Sitzungsvorlagen in Alltagssprache und einfacher Sprache,
- eine gute Digitalisierung und bestens abgesichertes „open Government“,
- Bürger:innen-entscheide,
- Übertragung der Kreistagssitzungen als Niederschwelliges Angebot,
- eine Gemeinwohlökonomie.

In allen Bereichen, in denen es um den Menschen geht brauchen wir ein Höchstmaß an Engagement, das aber keinesfalls als Pseudopartizipation missverstanden und missbraucht werden darf.

Ja, wir haben klamme Kassen und auch im Kreis ist das Wort „Haushaltssicherung“ kein Fremdwort. Dennoch darf im großen Bereich „Soziales“ auf keinen Fall gespart werden. Hier fällt aber für den Kreis auf, das genau das bei den freiwilligen Leistungen ein eingeschlagener Weg ist. Da sollten besser andere „Haushaltstöpfe“ angezapft und in ihnen eingespart werden. Wie Dr. Tepe in seiner Haushaltseinlassung bemerkte, spielt der Kreishaushalt trotz aller finanziellen Nöten, in der Champions-League der Haushaltsausstattung. Ferner hätte auch ein tieferer Griff in die Ausgleichsrücklage in diesen schweren Zeiten, Not getan und sehr geholfen, den Kommunen im Kreis und somit den Mitmenschen.

So wie die Kommunen im Kreis die Kreisumlage schmerzt, so ergeht es uns mit der Landschaftsumlage. Aber am Ende des Jahres wurde vom LWL dann für jeden eingezahlten Euro,

rund drei Euro von ihm im Kreis zurück investiert in „Soziales und Kultur“. Positiv für uns, aber ganz schlecht für den LWL der auch nicht auskömmlich refinanziert wird.

Zur Wahrheit gehört es auch, dass alle Kommunen immer noch einer strukturellen, sowie eine systematische Unterfinanzierung durch Land und Bund erfahren. Das Konnexitätsprinzip scheint nicht mehr relevant.

Das Ehrenamt ist nicht hoch genug zu schätzen, übernehmen diese Mitmenschen doch vielfach staatlich. Aufgaben bei denen der Staat selbst versagt und die Krise des Sozialstaates offensichtlich wird.

In Deutschland und im Kreis gibt es Tafeln, Bürger:innenbusse, Geflüchteten Hilfe etc. Die bestehenden Hilfsangebote und Organisationen verzeichnen landesweit immer mehr Hilfesuchende und können die Arbeit und Versorgung kaum noch stemmen und der immer stärker sich ausbreitenden Armut nicht mehr Herr werden. Hier ist mehr Hilfe und Anerkennung der Helfenden nötig.

In unserer Mitte leben ca. 1000 Menschen ohne ein Dach über dem Kopf. Wie hoch die Dunkelziffer ist weiß niemand. Der Kreis beteiligt sich zwar am NRW Programm „Endlich ein Zuhause“ um jenen zu helfen. Aber das passt nicht für jeden Menschen in dieser Situation und für alle ist auch wohl kein Wohnraum, auf dem extrem teuren und angespannten Wohnungsmarkt, zu finden. Wie viel Nichtsesshafte in unserer Mitte leben ist dabei noch gar nicht mitgerechnet. Viele dieser beiden Personengruppen sind in keiner Krankenkasse und können somit nicht einfach zum Arzt oder zur Ärztin gehen. Wie schön wäre es doch, gerade in diesen angespannten Zeiten, ein Arzt-Mobil zu haben, um im Kreis für diese Menschen eine medizinische Anlaufstelle bereitzustellen. Viele haben zudem nicht nur gute Erfahrungen mit den Behörden. Aber ein Arztbus ist niederschwellig, kostenfrei für die Bedürftigen und diskret. Ich schlage das Modell von Gerhard Trabert und seinem Armen-Arzt-Mobil vor, der damit seit sehr langer Zeit unsere Mitmenschen niederschwellig versorgt. Unser Bundespräsident Steinmeier zollt ihm großen Respekt dafür. Dem kann ich mich nur demütig anschließen.

Migration- und Geflüchtete: Je nach Herkunftsland und Fluchthintergrund existieren inzwischen unterschiedliche Verfahrensweisen. Der Kreis steht für uns „Linke“ in der Pflicht, sein Votum im Bund laut kund zu tun. Das bedeutet, dass zum einen die Verfahrensweisen gerecht und einheitlich zu gestalten und eine echte und genügende Rückfinanzierung der Ausgaben durch Bund und Land zu fordern. 7000 Euro pro Geflüchteten ist da zu wenig.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass Deutschland den vierten Platz der Volkswirtschaften innehat und in der EU ist sie auf Platz eins. Deswegen macht mich die geplanten Neuerungen des Asylgesetz sehr betroffen und empört mich.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, als unser Land in Schutt und Asche lag, die Nahrung knapp war, und Wohnraum für viele nur ein schöner Traum, es ein gesellschaftliches wie auch persönliche Trauma zu bewältigen galt, gab es gleichzeitig ca. 14 Millionen Geflüchtete und Vertriebene im Land. Das wurde damals, wenn auch unter Schmerzen und Ressentiments gestemmt und letztendlich bewältigt. Diese Menschen halfen beim Wiederaufbau und haben daran mitgewirkt, dass wir heute eine vielfältige und plurale Gesellschaft sind.

Wieso also, sollten wir nicht heute, als sehr reiche Nation wieder zupacken und allen, ich betone **Allen** Menschen die Hand reichen, die sie benötigen. Dazu verpflichtet uns unser Menschsein und

jeder Mensch ist per Geburt „nützlich“. Durch seine Existenz ist er schützenswert. Die Menschenrechte gelten für alle und Solidarität ist noch immer die Zärtlichkeit der Völker! Tragischer Weise werden es immer mehr die unter Gefährdung ihres Lebens fliehen müssen und dann eben auch im Kreis Coesfeld ankommen. Leider werden die Unterkünfte im Land knapp. Es gibt aber auch kreative Lösungen, wie Beispiele belegen. Zum einen natürlich Wohncontainer, aber auch Tiny-houses werden bereits praktiziert, in Rosenheim oder auch in Erwitte um nur zwei zu nennen. Unter den Geflüchteten sind Mitmenschen die entweder durch Krieg und Gewalt, oder weil sie schon immer gehandicapt waren, mit schweren Behinderungen zu uns kommen. Für sie muss eine adäquate Unterkunft und in Einzelfällen Betreuung geschaffen werden. Selbst wenn der Kreis nicht dafür zuständig ist, sollte er bei den dafür Zuständigen energisch dieses einfordern. Die Geflüchteten haben schreckliche Dinge erleben müssen und sind traumatisiert. Sie brauchen unter Umständen Psychologische/Therapeutische und dringend eine Trauma Therapie. Sonst schließen sich nicht wieder einzufangende Zeitfenster. Aber genau da harkt es, denn auch wir, die wir nicht fliehen mussten, warten auf den ersten Termin dreiviertel bis ein Jahr um therapeutische Hilfe zu erhalten. Hier muss ein Programm her, das die Ansiedlung dieser Therapeut:innen fördert. Ähnlich dem das dafür sorgen will, das mehr Ärzte und Ärztinnen „auf`s Land“ ziehen. Stichwort, Infrastruktur, ÖPNV, Wohnraum etc.

Die Entwicklung der Zunahme der Geflüchteten hat die Situation auf dem brandheißen Wohnungsmarkt/Sozialwohnungsmarkt erheblich negativ beeinflusst. Ist es jetzt schon schier unmöglich eine bezahlbare Wohnung für Familien und Alleinstehende zu finden wird sich wohl die Situation sukzessiv zuspitzen. Die Fraktion Bündnis90/die Grünen haben da einen Vorschlag gemacht. Das wird aber nicht reichen. Die öffentliche Hand, in diesem Fall der Kreis, muss Geld investieren und Sozialbaumaßnahmen installieren und bauen, bauen, bauen. Gerade im Sozialwohnungsbau und bezahlbaren Wohnraum liegt sozialer Zündstoff der schnell explodieren kann. Die Menschen müssen wohnen und Geld zum Leben übrig behalten. Hier liegt die Gefahr sich rechtspopulistischen Parteien mit einfach billigen Phrasen und Lösungen zuzuwenden. Ja! Wir müssen über Eigentum und dem Besitz und dessen Einsatz nachdenken.

Bauen und damit Eigentum zu schaffen, ist nur noch für wenige Gutverdiene möglich. Baugrund kostet 60 % mehr und die Baukosten steigen in ungeahnte Höhen, falls überhaupt Handwerker zur Verfügung stehen. Hier sind die Geflüchteten ein Teil der Lösung beim Fachkräftemangel. Aber im Kreis leben auch viele Mitmenschen die aus dem „Osten“ zu uns kommen um dann z.B. bei einem großen Fleischbetrieb zu arbeiten. Wenn diese überwiegend Männer dann nach einer langen und körperlich sehr anstrengenden Schicht endlich Feierabend haben, kommen sie in Wohnungen in denen sie sich zu viert ein Zimmer teilen. Das jeder von ihnen horrenden Mieten zahlt, die im Extremfall pro Person 300 Euro kostet ist ein unglaublicher Zustand und nicht tragbar. Ich wünsche mir hier striktes durchgreifen seitens der Behörden. Sie haben den nötigen Einfluss.

Im Kreis deutet sich an, das einige Kommunen an ihre Grenzen in der Kita-Betreuung kommen werden, oder schon sind. Erstens ist der Kreis verpflichtet alleine oder mit kommunalen Trägern neue Kitas zu bauen oder zu erweitern. Das alles hilft natürlich nichts wenn es auch hier an pädagogischen Fachkräften fehlt. Hier könnten ebenfalls Anwerbe-Aktionen helfen. Dazu zählen für mich, eine übertarifliche Bezahlung, die vier Tage-woche, Werbung in den Fachschulen für Sozialpädagogik bzw. Heilpädagogik, Verbesserung der Infrastruktur usw. Kita`s haben einen Bildungsauftrag – gehören also wie jegliche Bildung, Kosten frei.

Unsere Erde leidet – denn sie hat Mensch!

Der Kreis tut zwar eine Menge in Sachen Klimaschutz – doch Luft nach oben besteht immer. Wasserstoff ist in seiner Produktion ungeheuer energieintensiv. Auch wenn es nachhaltige Energien sind wird es wohl immer eine Lösung für Tanker, Züge, LKW's und Betriebe bleiben. Doch geschätzte 20 % Nutzung scheinen möglich. Doch bis Wasserstoff ökonomisch sinnvoll wird, müssen die Preise noch deutlich sinken. Ob Geothermie gefahrlos bei uns zu nutzen ist soll ein Machbarkeitsstudie prüfen. Da jedes Ding zwei Seiten hat, sollten wir hier sehr genau hinsehen, was es für die Natur bedeutet und wie sicher die Systeme arbeiten, sollte es zu Notfällen kommen. Ich würde mich freuen, wenn Geothermie ein Teil der Lösung sein könnte. Abwarten.

Zum Klimaschutz gehört auf jeden Fall der Verkehr, ÖPNV vor individualisiertem Personen Verkehr und das mittelfristig für die Menschen kostenfrei, wie in Belgien und Spanien z.B. Da strahlt das KOMMIT Projekt als leuchtendes Modell voran. Hilft im Nordkreis und den ländlichen, abgelegenen Gebieten aber immer noch niemanden. Da heißt es oft weiterhin nicht komm mit, sondern bleib hier.

Der Mensch wird in der Charta der Menschenrechte als soziales und kulturelles Wesen definiert. Das bedeute neben dem „sozialen“ benötigt er freien Zugang zur Kultur. Kultur aber wird immer ein Zuschuss-Projekt sein.

Nicht alle sind in der Lage sich den Zugang zu leisten. Mein Vorschlag, das Eintrittspreis Konzept neu zu denken. „Pay-What-You-Whant“ heißt die Alternative. Die Menschen gehen in die kreiseigenen oder kreis geförderten Kultureinrichtungen ohne einen Obolus und können beim Herausgehen anonym das geben, das sie können oder wollen. Das könnte ein Jahr getestet und danach analysiert werden. Ich bin mir sicher das es auf keinen Fall einen Einnahme Schwund geben wird. Dafür aber, dass es vielen hilft. Es gibt bereits viele Vorbilder dafür. National wie international.

Was der Kreis ebenfalls in all seinen Einrichtungen und Gebäuden einführen sollte, das gilt besonders für Schulen, ist ein freier Zugang zu Menstruationsartikeln. Damit gibt es im Bundesgebiet gute Erfahrung. Ist der Spieltrieb nach kurzer Zeit befriedigt, sind die Mädchen und Frauen begeistert und dankbar für die Hilfe. Auch ärmeren Familien und Frauen kann damit geholfen werden. Menstruationsartikel sind teuer und deshalb oft schwer zu stemmen.

Auch wenn im Kreis jetzt ein Teilhabebeirat seine Arbeit aufgenommen hat, bedarf es beim Thema Inklusion noch mächtiger Anstrengungen. Deutschland wurde im Sommer von der UN genau wegen schlechter alltäglicher, praktischer und systematischer Inklusionsumsetzung gerügt. Deshalb sollte unbedingt auch über umgekehrte Inklusion nachgedacht werden.

Weil Krisen Dauerzustand sind – Klimakatastrophe, Artensterben, Biodiversitätsverlust, Höfesterben – heißt es einmal mehr, umdenken. Es müssten nur als Beispiel weniger Nutztiere gehalten werden und deutlich weniger Fleisch verzehrt werden. Eine alternative und nachhaltige Landwirtschaft gehört besser gefördert. Doch alle Maßnahmen, jegliche Reduktion greifen nur gemeinsam mit den Landwirtinnen und Landwirten, die wie so oft leider zwischen allen Stühlen sitzen.

In diesem Jahr bin ich durch den Haushalt geritten und könnte noch so viel sagen. Wie wieder einmal den Zusammenhang zwischen Unterbeschäftigungsquote, guten Arbeitslosenzahlen, Minijob-Hot-Spot Münsterland.

Doch ich möchte Sie und Euch nicht überstrapazieren und mich reibt zu sehr der Zustand auf unserer Welt auf.

In dieser multiplen Krise ist es Zeit für Gerechtigkeit und Zeit für Haltung und Solidarität.

Ihnen und Euch einen guten Jahresausklang

Und auch dieses Jahr – „**Genießen Sie den Klimawandel**“ (Philipp Simon)

Danke

Sonja Crämer-Gembalczyk – für DIE LINKE. - im Kreistag Coesfeld